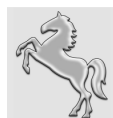


**Christian Wulff
Hans-Gert Pöttering**

**Überzeugungen prägen die Gesellschaft.
Das Denken und Handeln der Männer des
20. Juli 1944 als Vorbild heute**

38 Rechtspolitik in der Diskussion

**LACDJ
Landesarbeitskreis
Christlich-Demokratischer Juristen**



CDU

1. Auflage

Redaktion dieses Heftes:
Rechtsanwalt Lothar C. Rilinger, Hannover

Herausgegeben von der CDU in Niedersachsen
VIII/2010

Christian Wulff MdL

Niedersächsischer Ministerpräsident

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP

Präsident des Europäischen Parlamentes a.D.

Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

**Überzeugungen prägen die Gesellschaft.
Das Denken und Handeln der Männer des 20.
Juli 1944 als Vorbild heute**

Dokumentation einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in
Kooperation mit dem LACDJ in Niedersachsen am 14. Juni 2010 im
Maritim Grand Hotel Hannover

Inhalt:

I. Editorial von Lothar C. Rilinger	Seite 5
II. Begrüßung durch Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP , Präsident des Europäischen Parlaments a.D., Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Siftung.....	Seite 7
III. Christian Wulff MdL , Niedersächsischer Ministerpräsident „Überzeugungen prägen die Gesellschaft. Das Denken und Handeln der Männer des 20. Juli 1944 als Vorbild heute“	Seite 11
IV. Autoren.....	Seite 21

I. Editorial

Bundespräsident Wulff beschreibt die Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus als seine Vorbilder. In seiner Zeit als Niedersächsischer Ministerpräsident hat er sich regelmäßig - oft mehrmals in einem Jahr - mit dem Vermächtnis dieser Widerstandskämpfer auseinandergesetzt und die damals geäußerten Gedanken auch zur Grundlage genommen, um eine Politik für die Zukunft zu entwerfen. Ob er sich für die Gedenkstätte im schlesischen Kreisau, dem ehemaligen Sitz der Grafen Moltke, eingesetzt hat, ob er sich auf der zentralen Gedenkfeier der Bundesregierung am 20. Juli 2006 im Berliner Bendlerblock, dem Ort, an dem der militärische Widerstand geplant und an dem die führenden Vertreter um Oberst Graf Stauffenberg standrechtlich erschossen worden waren, mit den Konsequenzen des Attentates auseinandergesetzt hatte, ob er sich regelmäßig seit fünf Jahren vor der Adenauer-Stiftung und dem Landesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (LACDJ) in Niedersachsen vor immer über 500 Gästen mit den verschiedenen Aspekten des Widerstandes auseinandergesetzt hat, oder aber ob er die in Niedersachsen lebenden Nachfahren der Widerstandskämpfer zu einer abendlichen Begegnung in das Gästehaus der Niedersächsischen Landesregierung eingeladen hatte - immer war ihm wichtig zu erfahren, was Grundlage des Widerstandes gewesen war, was die Widerstandskämpfer bewegt hatte, sich gegen die Tyrannei und gegen den Despoten, gegen ein verbrecherisches System zu erheben. Und in diesen Beweggründen erkannte er die tiefe Gläubigkeit, dieses fest verwurzelte Stehen im Christentum, die die Widerstandskämpfer bewogen hatte, ihr Leben zu riskieren, um ein besseres Deutschland zu schaffen.

"Du hast mich heimgesucht heut' Nacht" - diese Sammlung von Abschiedsbriefen der Widerstandskämpfer, oft wenige Minuten vor dem gewaltsamen Tode zu Papier gebracht, hat er vor den Nachfahren der Widerstandskämpfer zitiert und damit gerade diesen Personen gegenüber dargelegt, dass ihm nicht nur die Gedanken der Widerstandskämpfer wichtig sind, um über eine zukünftige Politik zu reflektieren, auch mit dem je eigenen persönlichen Schicksal leidet er mit. Der Widerstand ist für ihn nicht etwas Abstraktes, etwas, was zur reinen Geschichte geworden ist - der Widerstand ist für ihn vielmehr Teil unserer Gegenwart, ja unserer Zukunft, so, als wenn die Widerstandskämpfer noch lebten und uns ihre Vorstellungen in einem Gespräch vermitteln würden.

Seine letzte Rede als Niedersächsischer Ministerpräsident über das Vermächtnis der Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944 dokumentieren wir in dieser Ausgabe unserer Schriftenreihe.

Von Anfang an hat der damalige Fraktionsvorsitzende und spätere Niedersächsische Ministerpräsident die von der CDU in Niedersachsen in Zusammenarbeit mit dem LACDJ in Niedersachsen herausgegebene Schriftenreihe "Rechtspolitik in der Diskussion" gefördert, und dafür dankt ihm der verantwortliche Redakteur von Herzen. Bundespräsident Wulff hat sich zu hoch umstrittenen Fragestellungen in unserer Schriftenreihe zu Wort gemeldet, und immer blieb er seinen Prinzipien treu. Und diese Treue zu den eigenen Prinzipien wünschen wir ihm auch in seinem neuen Amte, das ja die Vollendung eines politischen Lebens darstellt. Möge auch weiterhin die schützende Hand Gottes auf seinem Werke ruhen.

L. C. Rilinger

II. Begrüßung

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP

Präsident des Europäischen Parlaments a.D.

Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Nach dem missglückten Attentat vom 20. Juli 1944 schreibt Peter Yorck von Wartenburg – Mitinitiator des Kreisauer Kreises um Helmuth James von Moltke und enger Freund Claus Schenk Graf von Stauffenbergs – am Tage seiner Verurteilung zum Tode, dem 8. August 1944, im Abschiedsbrief an seine Mutter: „Vielleicht kommt doch einmal die Zeit, wo man eine andere Würdigung für unsere Haltung findet, wo man nicht als Lump, sondern als Mahnender und Patriot gewertet wird.“

Mit der heutigen Veranstaltung will die Konrad-Adenauer-Stiftung dazu beitragen, dieser letzten Hoffnung Yorcks zu entsprechen: die Haltung des Widerstands gegen Hitler zu würdigen, seiner Mitglieder zu gedenken, ihr Denken – als Mahnende und Patrioten – in Erinnerung zu rufen und nach der Aktualität ihrer Grundüberzeugungen zu fragen.

Das Gedenken ist zukunftsgerichtet. Schon ein kurzer Blick auf die Dokumente des Widerstands macht deutlich, dass keine Diskussion, die wir heute über die Gestaltung unserer Gesellschaft, über das Spannungsverhältnis ihrer Ordnungsprinzipien, über Reformansätze und Lösungsmöglichkeiten für unsere Probleme und Herausforderungen führen, vom Himmel gefallen ist. Unübersehbare Kontinuitätslinien unserer aktuellen Ordnung und unseres Denkens reichen in die Zeit des Widerstands zurück. Die Rückschau dient deshalb der Orientierung in unserer Zeit und als Aufforderung zur verantwortlichen Mitwirkung.

Die Männer des 20. Juli besaßen ein klares Koordinatensystem. Sie wollten der Welt mit ihrer Tat – ob sie glücken sollte oder nicht – zeigen, dass es auch ein anderes Deutschland gab, und sie wollten den Nationalsozialismus nicht nur beseitigen, sondern überwinden. Es ging ihnen um die geistig-sittliche Erneuerung des deutschen Staatswesens nach dem Ende des Nationalsozialismus. Eine Erneuerung, die auf dem christlichen Menschenbild fußen sollte. Hiervon leiteten sich die Überzeugungen der Männer des 20. Juli 1944 ab. Und das hieß insbesondere, den einzelnen Menschen, nicht ein Volk oder eine Rasse, in den Mittelpunkt zu stellen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung fühlt sich diesem Vermächtnis verpflichtet. Wir wollen erinnern an Männer, die in einer Zeit der Verfolgung und unter Einsatz ihres Lebens für ihre Überzeugungen einstanden. Und wir sind der Ansicht, dass dies heute, 65 Jahre nach Ende der nationalsozialistischen Herrschaft und 20 Jahre nach der SED-

Herrschaft aktuell bleibt. Denn der freiheitliche, demokratische Rechtsstaat ist zwar gefestigt, aber er sieht sich nach wie vor extremistischen Herausforderungen von links wie rechts gegenüber.

Unser Staatswesen und unsere Gesellschaft sind auf das Engagement, nicht auf das Beiseite-Stehen angewiesen. Deswegen ist es eine besondere Freude, als den heutigen Hauptredner eine Persönlichkeit zu begrüßen, deren Biographie geprägt ist von Engagement für unsere freiheitliche Ordnung. Eine Persönlichkeit, deren politisches und gesellschaftliches Leben damit begonnen hat, jungen Menschen Orientierung zu geben und die damit wie wenige auch heute befähigt ist, der jungen Generation Hoffnung, Zuversicht und Optimismus zu vermitteln. Ich begrüße den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen und Bewerber für das Amt des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, ich begrüße sehr herzlich Christian Wulff.

Ihr politisches Engagement weist über die Hektik des politischen Alltags hinaus, es gründet sich in historischem Bewusstsein sowie moralischen Überzeugungen und Maßstäben. Dafür sind wir Ihnen aufrichtig dankbar. Die Konrad-Adenauer-Stiftung schätzt sich glücklich und, das verhehle ich nicht, ist auch stolz, mit Ihnen ein engagiertes Mitglied in unserer Gemeinschaft zu haben. Und als Stiftungsvorsitzender darf ich die Hoffnung äußern, dass Sie uns auch in Zukunft – wenn auch, wie wir hoffen, in einem anderen Amt – als Ideengeber und Redner verbunden bleiben.

Unser großer Dank gilt Ihnen, lieber Christian Wulff, für Ihr herausragendes Engagement für die Erinnerung an den 20. Juli 1944. Seit Jahren engagiert sich Christian Wulff im Kuratorium der Freya von Moltke-Stiftung und für die in Polen liegende Begegnungsstätte Kreisau – dem früheren Gut der Familie Moltke – als Ort der deutsch-polnischen Versöhnung. Erst vor wenigen Wochen konnten wir Sie dort in Kreisau anlässlich der deutsch-polnischen Schülerpolitiktage des Bildungswerks Hannover unserer Stiftung zu einer Diskussion mit Schülern über die Zukunft Europas begrüßen. Ebenso erst vor wenigen Wochen haben Sie vor einem größeren europäischen Forum, am Sitz des Europäischen Parlaments in Brüssel, zusammen mit Bundespräsident a.D. Richard von Weizsäcker, in beeindruckender Weise über den deutschen Widerstand gesprochen. Und dass wir seit 2007 dieses Forum zum 20. Juli 1944 hier in Hannover veranstalten, ist ganz maßgeblich auch auf Ihr Engagement zurückzuführen.

Die Aktualität und Gültigkeit einer Politik, die auf dem christlichen Menschenbild basiert, einer Politik, die für Freiheit, Verantwortung und

Gerechtigkeit steht, muss immer wieder neu begründet werden. Sie muss gelebt werden. Diese Aufgabe richtet sich nicht zuletzt auch an die Konrad-Adenauer-Stiftung. Wir wollen Foren bieten und wir freuen uns – und es ehrt uns – heute Gastgeber einer kompetenten Diskussionsrunde zu sein.

Wir begrüßen einen prinzipienfesten CDU-Politiker, einen Bundesminister a.D., langjährigen engagierten Streiter für Frieden, Sicherheit und Stabilität auf dem Balkan und Träger des hessischen Friedenspreises, der als Leitmotiv seiner Arbeit eine Aussage Karl Poppers nennt. In seinem Buch „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ schreibt Karl Popper: „Die Demokratie ist ein unschätzbares Kampffeld für jede vernünftige Reform, da sie Reformen ohne Gewaltanwendung zulässt, aber, wenn die Erhaltung der Demokratie nicht zur ersten Regel jeder einzelnen Schlacht auf diesem Kampffeld gemacht wird, dann können die latenten antidemokratischen Tendenzen, die es ja immer gibt, einen Zusammenbruch der Demokratie herbeiführen. Wo das Verständnis für diese Prinzipien fehlt, dort muss für seine Entwicklung gekämpft werden. Die umgekehrte Politik kann sich als verhängnisvoll erweisen, kann dazu führen, dass der wichtigste Kampf verloren geht, nämlich der Kampf um die Demokratie selbst.“ Verehrter Professor Christian Schwarz-Schilling, herzlich willkommen!

Wir begrüßen einen langjährigen SPD-Politiker und früheren Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. In seiner Rede als Bundesratspräsident beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit 1991 hat er Fragen formuliert, die auch unsere heutige Diskussion betreffen werden: „Ist es nicht in allen politischen, gesellschaftlichen Ordnungen eine verbreitete, eine sehr menschliche Versuchung, mitzulaufen, sich anzupassen? Ist es nicht allzu leicht, vom gefahrlosen Hort einer freiheitlichen Demokratie aus sicher zu sein, man selbst hätte widerstanden?“ Herr Dr. Henning Voscherau, auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

Wir freuen uns, Herrn Professor Johannes Tuchel begrüßen zu dürfen, den Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und ausgewiesenen Kenner der Materie. Herr Professor Johannes Tuchel, wir danken Ihnen, dass Sie die Moderation übernehmen werden. Herzlich willkommen! Ich heiße Sie alle noch einmal herzlich willkommen. Ich wünsche uns eine nachdenkliche, ebenso geschichtsbewusste wie zukunftsorientierte Diskussion.

III. Überzeugungen prägen die Gesellschaft. Das Denken und Handeln der Männer des 20. Juli 1944 als Vorbild heute

Christian Wulff

Niedersächsischer Ministerpräsident

1. Hinführung

Ich danke für die Einladung und besonders Ihnen, sehr verehrter Herr Dr. Pöttering und Herr Jäger, für Ihre freundlichen Begrüßungsworte. Es ist mir eine Ehre, heute Abend den Hauptvortrag zu halten. Gerne stelle ich mich nachher auch der Diskussion auf dem Podium.

„Überzeugungen prägen die Gesellschaft“, heißt das Thema des Abends. Damit ist auch die Stabilität und Zukunft unserer Gesellschaft angesprochen. Dialog, Integration, der innere wie äußere Zusammenhalt unserer Gesellschaft, die „gesellschaftliche Inklusion“, wie das neue Schlagwort heißt, werden, davon bin ich überzeugt, in den kommenden Dekaden wichtige Themen werden - vor allem angesichts des demografischen Wandels und der Zuwanderung. Frei übersetzt heißt das: Jeder ist wichtig, wir brauchen jeden, wir dürfen niemanden ausschließen oder zurücklassen.

Die Aufgaben und Probleme der Gegenwart erfordern unsere ganze Aufmerksamkeit und Kraft. Ich nenne nur einige: die Euro-Krise, die Schuldenkrise, die inzwischen auch starke Staaten erfasst, den Klimawandel, die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, die Alterung und Schrumpfung unserer Gesellschaft. Ist es da angebracht, den Blick zurück auf die Zeit der Nazi-Herrschaft zu richten? Leben wir nicht in einer stabilen Demokratie, genießen Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, äußeren und inneren Frieden und Wohlstand in nie gekanntem Ausmaß - in Verhältnissen, die Lichtjahre von der verbrecherischen Welt entfernt sind, wie sie die Männer des 20. Juli vorfanden und die sie unter Einsatz ihres Lebens und das ihrer Familien bekämpften! Warum also den Blick zurückwerfen?

2. Die Widerstandskämpfer: Gedenken, Vermächtnis, Vorbild und Beispiel

Und dennoch:

Das Gedenken an die Männer des 20. Juli ist immer aktuell – und immer geboten. Kein Nachgeborener, schon gar kein Deutscher, darf sich ihrem *ehrenden Gedenken* entziehen. Einmal, weil der Mut und die Aufrichtigkeit dieser Männer und ihrer Angehörigen auf immer unseren Respekt und unsere Bewunderung verdienen. Zum anderen, weil diese Männer, auch wenn sie scheiterten, uns ein *Vermächtnis* hinterlassen haben, das uns unbedingt verpflichtet: Das Vermächtnis des „Nie wieder“, aber auch das Vermächtnis, dem Recht und der Moral unter jeden Umständen Achtung und Geltung zu verschaffen. Und zuletzt das Vermächtnis, es ihnen in der Gefährdung gleich zu tun!

Sie haben durch ihr todesmutiges *Vorbild und Beispiel* Zeugnis abgelegt für Freiheit und Recht, für Würde und Ehre. Sie waren bereit, für ihre Überzeugung mit dem Leben einzustehen.

Ebenso sollten wir heute bereit sein, uns für das Gemeinwesen und gegen seine Gefährdungen von innen und außen einzusetzen. Denn es ist wirklich wahr: Es sind unsere Überzeugungen, die letztendlich unsere Gesellschaft prägen. Sie sind es, die über die Qualität unseres Gemeinwesens und unseres Zusammenlebens entscheiden. Das gilt auch heute, in unserer offenen, pluralen und äußerst vielschichtigen und heterogenen Gesellschaft. Auch diese Gesellschaft ist, bei aller Toleranz und Freizügigkeit, auf einen Grundbestand fester Überzeugungen angewiesen.

Die Männer des 20. Juli 1944 mussten nichts weniger als Todesmut in ihrem Kampf gegen das verbrecherische NS-Regime aufbieten. Heute sind es *Bürgertugenden wie Aufmerksamkeit, Einfühlungsvermögen und Toleranz, Hilfsbereitschaft, Engagement, Solidarität und Zivilcourage, die unsere Gesellschaft braucht*. Es erscheint mir besonders wichtig, diese Bürgertugenden fest in den Köpfen und Herzen vor allem unserer jungen Generation zu verankern. Ein Hans Scholl zugeschriebenes Zitat sollte uns allen dabei als Motto dienen: „Nicht: Es muss etwas geschehen, sondern: Ich muss etwas tun“, so der Wortlaut. Eine Aufforderung an die ganze Gesellschaft, nicht zuletzt auch an uns Politiker!

Auch wenn Welten zwischen den Umständen von damals und heute liegen, so eignen sich die Widerstandskämpfer von damals als

Vorbild für uns Heutigen und die Tugenden, die wir heute benötigen. Deshalb ist das Gedenken an die Männer des 20. Juli und ihre Frauen und Familien ein wichtiger und unersetzbarer Bestandteil unseres historischen Gedächtnisses und unseres demokratischen Selbstverständnisses. Der Geist unserer demokratischen Verfassung ruht ebenso wie unsere freiheitliche, offene und plurale Gesellschaft auf der Achtung vor der Würde des Rechts und der Unantastbarkeit der Menschenwürde. Dafür standen die Attentäter mit ihrem Leben ein!

Die Verdienste der Widerstandskämpfer gegen das verbrecherische NS-Regime sind deswegen gar nicht hoch genug zu achten.

Der 20. Juli 1944 steht für die Feststellung: *Innere Überzeugungen, also letztlich das Gewissen und die moralische Substanz eines jeden Individuums sind es, die eine Gesellschaft prägen und über ihren Wert, ihren Lebenswert entscheiden.* Die Widerstandskämpfer standen für Menschlichkeit, für die Würde des Rechts, für die Gewissensfreiheit, für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Deshalb sind sie Vorbild für uns - auch heute, auch angesichts ganz anderer Herausforderungen und Aufgaben. Dabei kann und darf es in einer pluralen und heterogenen Gesellschaft offen und dem Individuum freigestellt bleiben, ob der Einsatz für diese Überzeugungen sich aus einer religiösen oder humanistischen Einstellung nährt.

3. Der Kreisauer Kreis

Ich möchte unseren Blick erweitern und ihn auf einen Widerstandskreis lenken, der eng mit den Männern des 20. Juli verknüpft ist und sich durch besonderen Weit- und Tiefenblick auszeichnete: Den Kreisauer Kreis um Helmuth James Graf von Moltke, dem das Gut Kreisau gehörte.

In Kreisau trafen sich ab 1941 junge Männer und Frauen, um über das Danach, über ein Deutschland nach Hitler, über das Zusammenleben der Völker und die Grundlagen von Staat und Gesellschaft nachzudenken. Sie kamen von links und von rechts, sie waren Protestanten und Katholiken, Adelige und Bürgerliche, Diplomaten und Gewerkschaftsführer. Sie besaßen Mut, Weitblick und Zivilcourage, und sie hatten sehr konkrete Vorstellungen von der Neuordnung in Europa.

Bekanntlich erst spät haben die Kreisauer ein Attentat auf Hitler als Auslöser eines Umsturzes in Betracht gezogen und Verbindungen zum militärischen Widerstand um Graf Stauffenberg aufgenommen. Von den Vorstellungen und Zielen dieser Gruppe aber geht bis heute eine große Faszination aus. Sicherlich wirken einige ihrer Vorstellungen für uns heute befremdlich, aber wir müssen sie zeitgebunden und im historischen Kontext betrachten. Nicht zu übersehen sind aber die zahlreichen aktuellen Bezüge.

Das Kreisauer Programm, so betont es der Historiker Hans Mommsen zu Recht, „stellt einen umfassenden Zukunftsentwurf dar, dessen Kühnheit und innere Stringenz von anderen politischen Reformkonzepten des deutschen Widerstands gegen Hitler nicht übertroffen worden sind.“ Mommsen hat zusammengefasst, was den Kern des „Kreisauer Denkens“, wie er es nennt, ausmacht, nämlich:

„Das Konzept der europäischen Regionen, das konsequente Eintreten für einen europäischen Bundesstaat, die entschiedene Frontstellung gegen Nationalismus als politisches Strukturprinzip, die Rückbesinnung auf die im Christentum und Humanismus liegenden gemeinsamen Werte der Europäer gehören ebenso dazu wie der Ruf nach spontaner Solidarität aus christlichem Geist.“

Bereits 1938 erläutert Helmuth James Graf von Moltke, dessen Witwe Freya Gräfin von Moltke hochbetagt Anfang dieses Jahres verstorben ist, in einem Brief seine Motivation für den Widerstand gegen Hitler: Ihm ging es darum, das „europäische Glaubensbekenntnis gegen das cäsaristische zu verteidigen und vielleicht neu zu formieren.“

In Moltke und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern setzt sich die deutsche Tradition jener großartigen europäischen Freiheitsbewegung fort, die 1789 ihren sichtbaren Anfang nahm. In einem Brief aus dem Februar 1939 bekennt Moltke, dass er es als seine „Pflicht und Schuldigkeit“ ansieht, „den Versuch zu unternehmen, auf der richtigen Seite zu sein, was immer es für Unannehmlichkeiten, Schwierigkeiten und Opfer mit sich bringen mag.“ Deutlicher kann man wohl kaum ein Bekenntnis für die großen europäischen Ideale Freiheit und Demokratie ablegen. Für seine Überzeugungen war Moltke in letzter Konsequenz auch bereit, sein Leben zu opfern. Vielleicht ahnte er bereits 1939, dass es dazu kommen würde.

Die Ideen, Vorstellungen und Überzeugungen des Kreisauer Kreises klingen, so meine ich, geradezu hoch aktuell. Umso erstaunlicher ist es, dass an ihnen bereits vor siebzig Jahren, um 1940, diskutiert und

an Einzelheiten gefeilt wurde. Und das inmitten eines Staates und einer Gesellschaft, die Nationalismus, Rassismus und Gottlosigkeit zu tragenden Prinzipien erklärt hatte und mit brutalen Methoden durchzusetzen trachtete!

Ich bin von diesen Überlegungen nach wie vor tief beeindruckt. Erst kürzlich, auf meiner Reise nach Kreisau Anfang Mai dieses Jahres hatte ich Gelegenheit, den Geist dieser mutigen und weitblickenden Frauen und Männer an Ort und Stelle zu erspüren.

Der Geist der Kreisauer inspirierte auch die Attentäter des 20. Juli. Indem die Männer des 20. Juli sich für die Rechte und die Freiheit ihres Volkes opferten, haben sie das christliche Gebot der Stellvertretung befolgt. Sie haben stellvertretend gehandelt, hoffnungsgebend für diejenigen, die durch staatliche oder gesellschaftliche Gewalt gehindert waren, frei zu reden und zu handeln.

Die Schwägerin Dietrich Bonhoeffers, Emmi Bonhoeffer, hat eindringlich am Beispiel ihres Mannes Klaus Bonhoeffer beschrieben, was die Triebfeder des Widerstandes war:

„Mein Mann vertrat die Ansicht, dass Hitlers größtes Verbrechen die Verwüstung der Rechtsbegriffe sei. Menschenrechte zu beugen, Willkür an Stelle von Justiz zu setzen, hieß für ihn, das Fundament von Kultur aufreißen. Ich glaube, dass die Erziehung der Söhne in den Familien, in denen der Widerstand aufkam, die Erziehung, schon auf dem Schulhof selbstverständlich den Schwachen vor dem Brutalen zu schützen, es ihnen später unmöglich machte, staatlich sanktioniertes Verbrechen mit anzusehen und sich aufs Abwarten zu verlegen. Nichts galt damals für schändlicher als sich ‚unritterlich‘ verhalten zu haben; so nannte man das“.

So antiquiert der Begriff „Ritterlichkeit“ auch heute sein mag, so stand er doch für zahlreiche Widerstandskämpferinnen und –kämpfer für höhere Werte. Ritterlichkeit, das Eintreten für die Entrechteten, ist ein erster Schritt zur „Wiederherstellung des menschlichen Anstands“, wie Carl Goerdeler, der Leipziger Oberbürgermeister, es anstrebte. Dies ist nichts anderes als der Versuch zur „Wiederherstellung des zerstörten Menschenbildes“, wie man es im Kreisauer Kreis nannte.

4. Gedenken und Vermächtnis hier und heute

Diese Überzeugungen und Haltungen, die aus diesen Worten sprechen, das Eintreten für die Werte der freiheitlichen Demokratie und die Menschenrechte können und müssen wir auch heute wecken und pflegen, gerade bei jungen Menschen.

Hier in Niedersachsen geschieht das vor allem im schulischen Geschichts- und Politikunterricht auf der Grundlage unseres Niedersächsischen Schulgesetzes sowie in vielen Maßnahmen der politischen Bildung außerhalb der Schule. Eine besondere Rolle spielen dabei die Besuche von Gedenkstätten in unserem Land sowie von Internationalen Jugendbegegnungsstätten im europäischen Ausland, z.B. in Auschwitz oder in Kreisau. Dies sind Orte, in denen die Realität der deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus, aber auch des Widerstandes gegen die Diktatur besonders nah und beklemmend erfahren werden können.

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, vor allem mit dem Holocaust, ist für den Verstand und das Gefühl keine leichte Aufgabe. Sie ist noch lange nicht abgeschlossen, auch wenn dies immer wieder gefordert wird. Ausgehend von der Erinnerung müssen wir mit den jungen Menschen den Bogen spannen zu den Herausforderungen unserer Zeit. Wir müssen mit ihnen gemeinsam dazu beitragen, in unserer demokratischen Gesellschaft ein Klima der Menschlichkeit und Solidarität zu erhalten und auszubauen. Aus der kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ergeben sich notwendig Engagement und Verantwortung in der Gegenwart, damit Willkür, Gewalt, Mitläufertum und Untertanengeist nie wieder um sich greifen können.

Dafür braucht es Zivilcourage und den Willen zum Engagement, der sich auch von Widerständen nicht abschrecken lässt. Die Landesregierung will zu solch einem Klima der Zivilcourage und des Engagements beitragen. Mit einem landesweiten „Tag für Zivilcourage und gegen Gewalt“ haben wir in diesem Jahr auf die Bedeutung des Themas aufmerksam gemacht.

Dabei ist deutlich geworden, an wie vielen Stellen bereits sich junge Menschen engagieren. Das ermutigt uns in dem Bestreben, in der politischen Bildung, neben der Vermittlung des notwendigen historischen und politischen Wissens, vor allem zu einer demokratischen und freiheitlichen Haltung beizutragen.

5. Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen: Bildungsarbeit für Schule und Gesellschaft

Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen sind wichtige Einrichtungen für eine historisch fundierte Demokratieerziehung in Niedersachsen. In der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und ihrer Folgen leisten sie einen grundlegenden Beitrag zur Sensibilisierung und Wertebildung in allen Bevölkerungsschichten, insbesondere bei Jugendlichen.

Im November 2004 hat das Land Niedersachsen mit einem eigenen Gesetz die „Stiftung niedersächsische Gedenkstätten“ gegründet und damit die besondere Bedeutung der Erinnerung an die NS-Zeit für die Bildungs-, Forschungs- und politische Kultur des Landes unterstrichen. Die Stiftung ist zuständig für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel, sie fördert regionale Gedenkstätten in privater Trägerschaft, und sie betreibt die Dokumentation und Erforschung des Nationalsozialismus sowie seiner Nachwirkungen. Eine weitere gesetzlich festgeschriebene Aufgabe der Stiftung ist es, „dazu bei[zu]tragen, dass das Wissen über das historische Geschehen in den Jahren 1933 bis 1945, insbesondere über die Geschichte von Verfolgung und Widerstand auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen, im Bewusstsein der Menschen wach gehalten und weitergetragen wird“.

Neben der Gedenkstätte Bergen-Belsen gibt es derzeit zwölf weitere Gedenkstätten in Niedersachsen mit festen Ausstellungen und zumindest temporärem Bildungsangebot.

Alle diese Gedenkstätten verstehen sich als Lern- und Bildungsorte, an denen die Erarbeitung des historischen Geschehens durch gegenwartsorientierte Fragestellungen versucht wird. Aspekte wie Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit oder Aspekte der Gefährdung oder Zerstörung demokratischer Strukturen sind dabei von grundlegender Bedeutung.

Die praktische Erfahrung von mehr als zwei Jahrzehnten historisch-politischer Bildungsarbeit zeigt jedoch: Kurzfristige Immunisierungseffekte gegenüber radikalem Gedankengut durch einmalige Gedenkstättenbesuche sind in der Regel nicht zu erwarten. Vielmehr setzt langfristig erfolgreiche Präventionsarbeit folgende Elemente voraus:

1. eine wissenschaftlich fundierte, quellennahe Aufklärung über die Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus,
2. eine umfassende Betreuung und Begleitung insbesondere von jugendlichen Besuchergruppen, die schulische und außerschulische Lernumgebungen eng miteinander verbindet,
3. eine nachhaltige, dialogische und professionelle Bildungsarbeit, die Zugänge über die Authentizität des Ortes und historische Dokumente vermittelt.

Dabei sind eine grundständige Vermittlung von Demokratiekonzepten und der Gefahren totalitärer Systeme sowie eine Sensibilisierung für Ausgrenzungsprozesse in historischer Perspektive erforderlich.

Bereits seit Anfang 2008 wird in Bergen-Belsen im Rahmen des aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierten Projekts „Entrechtung als Lebenserfahrung“ untersucht und erprobt, wie Aspekte der Menschenrechtserziehung in Verbindung mit den NS-Verbrechen vermittelt werden können. Dieses Pilotprojekt richtet sich ausdrücklich an Jugendliche aus bildungsfernen Schichten, mit Migrationshintergrund und mit defizitären Demokratieerfahrungen.

Die Gedenkstättenarbeit befindet sich 65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs an einer Epochenwende. Mit dem Ende der Zeitzeugenschaft wächst die Bedeutung der Orte der Verbrechen und damit der Gedenkstätten. Nur vertiefende Forschung und entsprechende Bildungskonzepte können die wachsende zeitliche Distanz zu den damaligen Verbrechen kompensieren.

Zu den Aufgaben der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten gehört deswegen unabdingbar die gegenwartsbezogene Reflexion der historischen Information und Aufklärung, die an den Orten der Verbrechen geleistet wird.

6. Schluss

Wir alle müssen unseren Jugendlichen vermitteln, dass Zivilcourage, Solidarität und Toleranz die schützenswerten Kernelemente unserer demokratischen Gesellschaft sind. Diesen Idealen stand die totalitäre Unkultur des NS-Systems feindlich gegenüber. Das herauszustellen ist Ziel unserer Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit in den Schulen, in den Gedenkstätten und in den vielen anderen Institutionen und Initiativen, die es im Land gibt.

Wir alle können und müssen dazu beitragen, ein Klima der Menschlichkeit in unserer Gesellschaft zu schaffen. Zivilcourage, Solidarität und Toleranz lassen sich nicht staatlich verordnen, aber wir können sie vorleben und beispielhaft zeigen. Wir dürfen es zum Beispiel nicht hinnehmen, wenn Teile unseres Vaterlandes zu so genannten „national befreiten Zonen“ erklärt werden. „No-go-areas“ werden wir in Deutschland nicht dulden! Denn die Nation, das sind wir und nicht ein paar nationalistische oder reaktionäre Ewiggestrige!

Ich wünsche mir für die Zukunft, dass unsere Gesellschaft in großer Solidarität und Eintracht noch viel deutlicher auf Provokationen aus den extremistischen Ecken reagiert. Das gilt für das leider immer noch existierende Problem des Rechtsextremismus ebenso wie für Gefahren, die von linken oder fundamentalistisch-religiösen Extremisten ausgehen.

Wir dürfen es in Deutschland nie wieder so weit kommen lassen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger gegen Diktatur und Terror aufbegehren müssen! Dies ist das eigentliche Vermächtnis des 20. Juli 1944 und allen Widerstandes gegen die NS-Diktatur. Der beispielhafte Bürgermut dieser Widerstandskämpfer kann auch uns moralische Kraft und zukunftsweisende Orientierung geben.

Überdies macht deren couragiertes Verhalten Mut, unsere aus den Lehren von Weimar und aus den bitteren Erfahrungen mit dem Totalitarismus gestaltete wertgebundene Demokratie gemeinsam hochzuhalten, gerecht weiterzuentwickeln und gegen ihre Feinde wehrhaft zu verteidigen. So lassen sich unsere Erinnerungsverantwortung und unsere Zukunftsverantwortung auch sehr anschaulich miteinander verknüpfen.

Unsere demokratische Gesellschaft bietet heute vielfältige Möglichkeiten, legal und offen Zivilcourage, Solidarität und Toleranz zu leben und auszuüben. Ich denke hier an Vereine, Verbände, Bürgerinitiativen und Parteien. Das sind die alltäglichen Übungsstätten für einen toleranten Umgang miteinander. Auch hierbei können uns und vor allem unseren Jugendlichen die Frauen und Männer des deutschen Widerstandes als Vorbilder dienen. Denn sie haben sich eben nicht apolitisch verhalten nach dem Motto: „Was die da oben machen, ist mir egal, ich halte mich da raus.“ Der freiheitlich-demokratisch verfasste Rechtsstaat lebt vom Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Individualismus ist modern und auch nicht zu beanstanden. Aber wir müssen uns auch für den Staat als Ganzes interessieren und verantwortlich zeigen.

Unser demokratisches Wertesystem verödet und wird verwundbar, wenn sich niemand mehr darum kümmert. Erst dann schlägt die Stunde der Extremisten.

Der marokkanische Schriftsteller Tahar Ben Jelloun sagte einmal, dass Demokratie keine Pille sei, „die einem morgens verabreicht wird, und abends ist man kuriert“. Nein, „Demokratie ist eine Kultur, die in einer Gesellschaft von unten wachsen muss und von oben gefördert werden soll“.

Der 20. Juli, das Denken und Handeln des deutschen Widerstands bedeuten deswegen auch eine Herausforderung an die Jugend in unserem Lande, eine Herausforderung, die sagt: „Kauert nicht in den bequemen Nischen des privaten Glücks oder der Verdrossenheit und Resignation, sondern kommt und arbeitet mit am Aufbau einer besseren, freieren und gerechteren Welt“.

Klaus von Dohnanyi, der heute leider nicht hier sein kann, hat 2004 vor dem Niedersächsischen Landtag auf die Notwendigkeit von offenen, freien und mutigen Debatten, durch These und Widerspruch für den Erhalt unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung hingewiesen: (ich zitiere) „Meinungsfreiheit lehrt demokratische Selbstbehauptung und toleranter Streit ist das Fundament der demokratischen Gesellschaft. Daran zu erinnern, schulden wir den Frauen und Männern des deutschen Widerstandes.“

Verstehen wir diese Worte als Handlungsaufforderung für uns alle! Lassen Sie uns den Wert der Freiheit in unserem täglichen Handeln für unsere Gesellschaft sichtbar machen! Seien wir Vorbilder in Sachen Meinungsfreiheit und gelebter Toleranz!

Lassen Sie uns gemeinsam deutlich die Stimme erheben, wenn die Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ihr populistisches Gift in unserer Gesellschaft verbreiten wollen!

Nehmen wir den Auftrag an, den uns die Frauen und Männer des deutschen Widerstandes hinterlassen haben!

Autoren:

Ministerpräsident Christian Wulff MdL

Studium der Rechtswissenschaften mit wirtschaftlichem Schwerpunkt an der Universität Osnabrück

Seit 1990 Rechtsanwalt in der Anwaltssozietät Dr. Funk, Prof. Dr. Tenfelde und Partner, Osnabrück (übt seinen Beruf z.Zt. nicht aus)

1994 bis 2008 Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen

Seit 1994 Mitglied des Niedersächsischen Landtages

1994 bis 2003 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Seit 1998 stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands

Seit 4. März 2003 Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

Seit 1. März 2003 Mitglied des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung

Seit Mai 2007 Dr. h.c., verliehen durch die Tongji-Universität, Shanghai

Am 30. Juni 2010 wurde Christian Wulff von der Bundesversammlung zum 10. Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Prof. Dr. Hans-Gert Poettering MdEP

Präsident des Europäischen Parlamentes a.D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Studium der Rechtswissenschaften, Politik und Geschichte in Bonn und Genf (Institut des Hautes Etudes Internationales)

1971 Studienaufenthalt an der Columbia University, New York

1973 Erstes Juristisches Staatsexamen

1973 Dr. phil (Politikwissenschaften und Geschichte)

1976 Zweites Juristisches Staatsexamen

1976 – 1979 Wissenschaftlicher Angestellter

1970 Vorsitzender des RCDS an der Universität Bonn

1973 – 1976 Kreisvorsitzender der Jungen Union (JU) im Landkreis Osnabrück

1974 – 1980 CDU-Stadtverbandsvorsitzender Bersenbrück

1976 – 1980 Europapolitischer Sprecher der JU Niedersachsen

1981 – 1991 Landesvorsitzender der Europa Union Niedersachsen

seit September 1990 CDU-Kreisvorsitzender im Landkreis Osnabrück

1997 – 1999 Präsident der Europa Union Deutschland

25.09.1995 Ernennung zum Honorarprofessor

Mitglied des Europäischen Parlamentes seit 1979

1984 - 1994 Vorsitzender des Unterausschusses 'Sicherheit und Abrüstung'

1994 - 1999 Stellv. Vorsitzender der EVP-Fraktion

1994 - 1996 Leitung der Arbeitsgruppe 'Regierungskonferenz 1996' von EVP und EVP-Fraktion, deren Vorschläge die Grundlage der EVP-Position für den Vertrag von Amsterdam darstellten

1996 - 1999 Leitung der Arbeitsgruppe 'Erweiterung der Europäischen Union' von EVP und EVP-Fraktion

1999 – 2007 Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten (EVP-ED)

2007 - 2009 Präsident des Europäischen Parlamentes

seit 1.1.2010 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Reihe „Rechtspolitik in der Diskussion“

- 1 Eigentumsrechtliche Fragen im Zuge der Wiedervereinigung**
Christian Wulff MdL, Dr. Wolfgang Knippel, Lothar Rilinger,
Rainer Robra, Prof. Dr. Wolfgang Frhr. v. Stetten MdB, Albrecht Wendenburg:
- 2 Integration von Ausländern und doppelte Staatsbürgerschaft“**
Christian Wulff MdL, Senator Ralf H. Borttscheller MdBB, Gabriele Erpenbeck,
Prof. Dr. Axel Frhr. v. Campenhausen, Prof. Dr. Hans-Hugo Klein, Lothar Rilinger:
- 3 Erfolg vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof – Entscheidungen ohne Wirkung?**
Bernd Busemann MdL
- 4 Steuern. 21 Thesen zur Steuerpolitik in Deutschland**
Friedrich Merz MdB
- 5 Sozialstaat 21- Sicherheit und Verantwortung**
Christian Wulff MdL
- 6 Die Einheit Deutschlands - Erfahrungen und Prognosen**
Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf MdL
- 7 Neuorientierung in der Strafvollzugspolitik. Kann Privatisierung nützlich sein?**
Minister Dr. Christean Wagner MdL
- 8 Gesetzliche Rentenversicherung im Umbruch
Ausgangsbedingungen, Reformversuche, Anpassungsmaßstäbe**
Dr. jur. Günther Schneider
- 9 Die Justiz als Standortfaktor in einem sich erweiternden Europa**
Minister Prof. Dr. Kurt Schelter
- 10 Thesen zur Kriminalpolitik.**
Christian Wulff MdL, Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind, Adolf Stange
- 11 Die Zukunft der EU**
Minister Prof. Dr. Kurt Schelter, Dr. Norbert Röttgen MdB
- 12 Zuwanderung Begrenzen – Integration fördern. Zwei Reden zu einer umstrittenen Frage**
Ministerpräsident Peter Müller
- 13 Die Kriminalitätsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nach Öffnung der Ostgrenzen und im Vorfeld der geplanten EU-Osterweiterung**
Ingmar Weitemeier, Direktor des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern
- 15 Wohin steuert die EU?**
Prof. Dr. Hans-Gert Poettering MdEP
- 16 Europapolitische Aspekte nach der deutschen Bundestagswahl**
Christian Wulff MdL
- 17 Der EU- Ausschuss des Deutschen Bundestages in der 14. Wahlperiode**
Dr. Friedbert Pflüger MdB
- 18 Europa - Wunsch und Wirklichkeit**
Dr. h.c. Hans von der Groeben . Ein Gespräch mit Lothar C. Rilinger
- 19 Herausforderungen an die Innere Sicherheit 2003**
Minister Dr. Günther Beckstein MdL
- 20 Was können wir von der Justiz fordern? Gedanken über eine Strukturreform**
Ministerin Elisabeth Heister-Neumann
- 21 Aktueller Diskussionsstand zum Zuwanderungsgesetz**
Minister Uwe Schünemann MdL

Reihe „Rechtspolitik in der Diskussion“

- 22 Aufbruch oder Stillstand - Wie kommt die Wirtschaft in Deutschland wieder in Fahrt?**
Dr. Jürgen Großmann
- 23 Justizpolitik aus Thüringer Sicht**
Minister Harald Schliemann
- 24 Dr. Ernst Albrecht - Reden anlässlich seines 75. Geburtstages**
Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Vogel, Ministerpräsident Christian Wulff MdL
- 25 Halbzeitbilanz: Niedersachsen - solide finanziert**
Minister Hartmut Möllring MdL; Mit einem Grußwort von Ministerpräsident Christian Wulff MdL
- 26 Europäischer Auftrag und nationale Interessen**
Ministerpräsident Christian Wulff MdL
- 27 Viel erreicht - viel zu tun. Drei Jahre CDU/FDP-Regierung in Niedersachsen**
David McAllister MdL
- 28 Justizreform: Mehr Effizienz und Transparenz**
Minister Harald Schliemann, Ministerin Elisabeth Heister-Neumann, Dr. Jürgen Gehb MdB, Karl-Helge Hupka, Dr. Ulrich Scharf
- 29 Das Attentat vom 20. Juli 1944**
Ministerpräsident Christian Wulff MdL, Dr. Axel Smend
- 30 Gerechte Strafe – verantwortlicher Vollzug**
Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann
- 31 Wirtschaft, Bildung und Familie. Politik auf klarem Wertefundament**
Ministerpräsident Dieter Althaus MdL
- 32 Das Vermächtnis der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 - Der Aufstand des Gewissens und seine Wirkungsgeschichte**
Ministerpräsident Christian Wulff, MdL, Dr. Axel Smend, Prof. Dr. Johannes Tuchel, Hanno Graf v. Kielmansegg, Landesbischof Prof. Dr. Friedrich Weber, Christian Schleicher, Lothar C. Rilingier
- 33 Rechts- und justizpolitische Vorstellungen für die laufende Legislaturperiode**
Justizminister Bernd Busemann MdL
- 34 Politik in der Vertrauenskrise**
Stefan Dietrich
- 35 Das Christliche in der Politik und die Integration des Islam**
Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB
- 36 Der Weg Deutschlands zur Ratifikation des Vertrags von Lissabon**
Staatssekretär Dr. Lothar Hageböling, Chef der Nds. Staatskanzlei
- 37 Der Bologna-Prozess - wie geht es weiter?**
Justizminister Bernd Busemann MdL, Staatssekretär Dr. Josef Lange, Prof. Dr. Erich Barke, Präsident des OLG Dr. Peter Götz von Olenhusen, Justizminister a.D. Harald Schliemann

1. Auflage 2010

Diese Dokumentationen können bezogen werden von der
CDU in Niedersachsen
Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover
Tel. 0511-27991-41
Fax 0511-27991-42
e-Mail: lacdj@cdu-niedersachsen.de

Die Broschüren stehen ab Hefr 11 unter www.cdu-niedersachsen.de/lacdj zum download bereit.